Puntscher Riekmann, Sonja, Ideologien und Weltanschauungen, in: Dachs, Herbert/Diendorfer, Gertraud/Fassmann, Heinz, Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien 2002, 25-33.

Ideologien und Weltanschauungen

Sonja Puntscher Riekmann

LEHRPLANBEZUG

6. KLASSE:

- Gestaltende Kräfte des 19. Jahrhunderts in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik und ihre Folgen bis 1918 (Nationalismus; Liberalismus; Konservativismus; Sozialismus; industrielle Revolution; Ursachen und Folgen des Ersten Weltkriegs; usw.)
- Instrumentalisierungen von Kultur und Ideologie in Politik und Gesellschaft (Geschichtsbilder und -mythen; historische Legitimationen; usw.)

7. KLASSE:

- Emanzipatorische, soziale Bewegungen und Gegenströmungen nach 1945 (Frauen-, Jugend- und Studentenbewegungen; Demokratisierungswellen; Friedens- und Anti-Atom-Bewegung; Neokonservativismus; Neoliberalismus; usw.)
- Politisches Alltagsverständnis – die verschiedenen Dimensionen und Ebenen von Politik, Formen und Grundwerte der Demokratie und der Menschenrechte, Motivationen und Möglichkeiten politischer Beteiligungs-, Entscheidungs- und Konfliktlösungsprozesse
- Demokratische, autoritäre und totalitäre Staatensysteme und ihre Ideologien (Systemvergleiche; Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus; Radikalisierung des politischen Lebens in Österreich 1918 – 1938; usw.)

Man sagt heute, die großen ideologischen Auseinandersetzungen gehören der Vergangenheit an. Vor allem die Links-Rechts-Kontroverse sei vorbei. In der Politik überwiege ein sachorientierter Pragmatismus. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus seien geschichtsphilosophische Visionen, die auf einen linearen Fortschritt der Gesellschaften setzten, zu einem Ende gekommen. Doch scheint diese Sichtweise, wie die aktuellen ideologischen Diskussionen in und außerhalb Europas zeigen, auch fragwürdig. Daher wird hier versucht, einmal die großen Ideologien der Vergangenheit nachzuzeichnen und deren Wirkungen und Wandlungen in der Gegenwart auszuloten.

Was sind Ideologien und Weltanschauungen?

Politisches Denken und Handeln ist immer durch Anschauungen und Vorstellungen von der Welt geprägt. Solche Anschauungen und Vorstellungen sind sowohl Orientierungshilfen als auch normative Handlungsanleitungen für das Individuum und für Gruppen. Zugleich dienen sie der Rechtfertigung von Machtansprüchen. Sie können neben wissenschaftlichen Einsichten auch ungerechtfertigte Wahrheitsansprüche und Unwahrheiten enthalten, die auf eine interessenbedingte Befangenheit ihrer Produzenten und Vertreter zurückzuführen sind. Sie sind komplexe Gedankengebäude, die politische, religiöse, soziale und kulturelle Ursprünge haben und in der Auseinandersetzung mit anderen Ideologien entstehen. Sie werden von Generation zu Generation weitergegeben, aber auch stets neu interpretiert. Große Brüche sind eher selten.

Die Begriffe Ideologie und Weltanschauung werden heute meist synonym gebraucht. Eine erste systematischere Beschäftigung mit dem Ideologieproblem leistete der englische Philosoph Francis Bacon (1561 – 1626). Für ihn waren Ideologien (er bezeichnete sie als Idole) das Kennzeichen der menschlichen Vernunft schlechthin. Sie seien bestimmt durch die biologische und soziale Natur des Menschen, durch die autoritativ überlieferten und subjektiv hervorgebrachten Vorstellungen von Wirklichkeit. Doch während Bacon diese Bedingtheiten menschlichen Denkens als unaufhebbar beschrieb, beginnt im 18. Jahrhundert eine Kritik vor allem der französischen Materialisten an jenen Dogmen und Glaubenssätzen, die einer wissenschaftlichen Analyse nicht standhalten. Im Lichte eines naturwissenschaftlichen Erkenntnisideals erscheint ihnen die menschliche Vernunft als vorurteilsbehaftet und subjektiv verzerrt. Der Positivismus des 19. und 20. Jahrhunderts wird die Trennung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis von Tatsachen und politisch-weltanschaulichen Wertungen noch weiter zuspitzen (Theodor Geiger, Soziologe, 1891 – 1952, und Karl Popper, Philosoph, 1902 – 1994).

Aus einer anderen, politökonomischen Sicht haben die Philosophen Karl Marx (1818 – 1883) und Friedrich Engels (1820 – 1895) den Begriff Ideologie als „falsches Bewusstsein" definiert und damit die Ideologiekritik des 19. und 20. Jahrhunderts nachhaltig beeinflusst. Für sie ist das falsche Bewusstsein das notwendige Ergebnis der kapitalistischen Warenproduktion, das beständig aufrechterhalten werden muss, damit das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit reibungslos funktioniert. Spätere Autoren wie der Soziologe Karl Mannheim (1894 – 1947) haben Weltanschauungen als historisch und sozial bedingte Teilwahrheiten definiert, die durch eine beständige selbstkritische

Puntscher Riekmann, Sonja, Ideologien und Weltanschauungen, in: Dachs, Herbert/Diendorfer, Gertraud/Fassmann, Heinz, Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien 2002, 25-33.

Reflexion des Menschen relativiert werden müssen. Seit dem 18. Jahrhundert teilen sich die Positionen grob gesprochen in zwei Lager: in das Lager jener, die Werturteile prinzipiell für nicht objektiv halten, weil sie nicht einer wissenschaftlich erforschbaren Erkenntniswirklichkeit angehören, und in das Lager jener, die Werturteile als wichtige und begründbare Orientierungen des Menschen betrachten. Der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas (geb. 1929) hat die Bedeutung und Interpretation von sozialen Sachverhalten in Abhängigkeit vom Erkenntnisinteresse der Interpreten gedeutet. Festzuhalten ist schließlich, dass Übersteigerungen von Weltanschauungen mit absolutem Wahrheitsanspruch zu fanatischem Fundamentalismus führen können und pluralistisch-liberale Gesellschaftsordnungen gefährden.

Liberalismus

Liberalismus ist gemäß seinem Wortinhalt jene Weltanschauung, die den Begriff der Freiheit in den Mittelpunkt stellt. Die Idee der Freiheit ist vermutlich so alt wie die Menschheit. Mit dem Begriff der Freiheit arbeiten jedenfalls schon die Philosophen der hellenischen und römischen Antike. Doch der Liberalismus als politisch-philosophische Bewegung entsteht erst im 17. und verstärkt im 18. Jahrhundert.

Im Zentrum des Liberalismus stehen folgende Positionen:

- Das Individuum ist kraft seiner Vernunft fähig, sich selbst zu bestimmen;
- das Individuum hat Rechte gegenüber dem Staat (Menschen- und Bürgerrechte);
- Herrschaft muss durch Verfassung gezähmt werden;
- die Wirtschaft ist durch die Gesetze des Marktes und des Wettbewerbs geregelt;
- die Gesellschaft, ja die gesamte Menschheit würde unter diesen Bedingungen in einem beständigen Evolutionsprozess geschichtlichen Fortschritt hervorbringen.

Träger des Liberalismus war im 18. und 19. Jahrhundert das Bürgertum, das in dieser Weltanschauung seine Eigentums- und Erwerbsinteressen mit politischen Machtansprüchen verband. Der Liberalismus war wohl die erste umfassende Weltanschauung im modernen Sinne des Begriffs, die einen nicht religiös begründeten Gesellschaftsentwurf zum Inhalt hatte.

Erscheinungsform, Begriffe und Bedeutungsinhalte des Liberalismus als Theorie und Praxis ändern sich erheblich sowohl im Laufe der Geschichte als auch im nationalen Vergleich. Die Veränderungen sind abhängig von sozialen Auseinandersetzungen und dem Entstehen anderer Ideologien. Der Frühliberalismus und der revolutionäre Liberalismus, die im Wesentlichen die Periode von 1750 – 1850 umfassen, gehen Hand in Hand mit Rationalismus und Aufklärung.

Vertreter dieser Position betrachten das vernunftbegabte Individuum als Opfer der Unterdrückung durch die politisch-sozialen Machtstrukturen der absolutistischen Monarchien. Damit wird der Liberalismus zur Begründungsphilosophie revolutionärer Bewegungen, die in der Französischen Revolution von 1789 einen Kulminationspunkt finden. Herrschaft wird fortan Verfassungsregeln unterworfen. In dieser Phase entstehen auch die ersten großen Wirtschaftstheorien der Moderne, in denen die Freiheit des ökonomisch Handelnden und des Marktes beschworen wird (Adam Smith, Philosoph und Ökonom, 1723 – 1790). Im 19. Jahrhundert und nach der Etablierung des Bürgertums nicht nur als ökonomische, sondern auch als politische Kraft (1860 – 1890) kreisen die Debatten und politischen Kämpfe um folgende Gegensätze:

- Verfassungsideal versus Realpolitik;
- Freihandel versus Protektionismus;
- Eigentum versus sozialer Frage und Versammlungsfreiheit der Arbeiterschaft;
- Konzentration versus Wettbewerb;
- Zensuswahlrecht versus allgemeines Wahlrecht;
- konstitutionelle Monarchie versus Demokratie.

Zwischen 1890 und 1930 erlebt der Liberalismus Krise und Verfall angesichts der Polarisierung der Klassen, der destabilisierenden (→) Laisser-faire-Ökonomie und ihrer Einbrüche, der Entstehung von Gegenkräften sowohl konservativer wie marxistischer/sozialistischer Prägung, des organisierten Kapitalismus und des (→) interventionistischen Staates, der Schrumpfung der mittelständisch-kleinbürgerlichen sozialen Basis, nicht zuletzt angesichts der politischen und sozioökonomischen Verwerfungen, die mit dem Ersten Weltkrieg ihren Anfang nehmen. Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus sind die siegreichen Gegner des Liberalismus. Dieser entsteht nach 1945 wieder in veränderter Form mit einem stärkeren Interesse an einer Ordnungspolitik (Ordo-Liberalismus), die die alte Laisser-faire-Haltung hinter sich lässt. Ökonomen wie Eucken (1891 – 1950) oder von Hayek (1899 – 1992) treten nun für einen staatlich normierten Ordnungsrahmen ein, der vor allem Monopole verhindern soll. Mit den zur selben Zeit auftauchenden Bekenntnissen zur sozialen Marktwirtschaft durch keynesianistische Steuerung der Wirtschaft gerät der Liberalismus jedoch in den 60er- und 70er-Jahren weitgehend aus dem Blickfeld. Er kehrt erst Anfang der 80er-Jahre als Neoliberalismus in Theorie und Praxis wieder zurück, nachdem immer mehr Zweifel an den staatlichen Interventionsmustern laut wurden. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetimperiums schließlich erlebt der Liberalismus eine neue Blüte, allerdings mit Abgrenzungsschwierigkeiten gegenüber dem Neokonservatismus in der Wirtschaftspolitik und mit nach wie vor geringen Wahlerfolgen für liberale Parteien, die in Regierungen stets Juniorpartner bleiben. Neben der These, dass nur Privateigentum und Wettbewerb vor totalitären Herrschaftsansprüchen schützen (Hayek), versuchte im deutschen Sprachraum vor allem Ralf Dahrendorf (geb. 1926) ein liberales Programm auf Pluralismus, Optionenvielfalt, Mobilität, Chancengleichheit und demokratische Partizipation zu stützen.

Konservatismus

Mit Konservatismus ist hier nicht einfach eine auf Traditionen bedachte Haltung gemeint, sondern ein politisch-programmatischer Komplex, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf den Liberalismus, die Verfas-

Puntscher Riekmann, Sonja, Ideologien und Weltanschauungen, in: Dachs, Herbert/Diendorfer, Gertraud/Fassmann, Heinz, Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien 2002, 25-33.

sungsbewegung des 18. Jahrhunderts und die Französische Revolution entsteht. Literarischer Begründer des Konservatismus ist der britische Theoretiker Edmund Burke (1729 – 1797) mit einer Schrift gegen die Französische Revolution. Kerngedanken dieser Ideologie sind: die Legitimation der Monarchie, die Verteidigung der Religion und traditioneller Normen und Autoritäten, eine hierarchische Gesellschafts- und Herrschaftsordnung gemäß adeligen Privilegien und Eigentumsverhältnissen (zunehmend aber unter Einschluss bürgerlichen Eigentums), die Gegnerschaft zur liberalen geschichtsphilosophischen Fortschrittsideologie. Auch für diese Weltanschauung gelten innere Differenzierungen und nationale Unterschiede, wobei der angelsächsische Konservatismus reformoffener und „liberaler" war als der französische und der deutsche. Dem deutschen Konservatismus wird dann vor allem der Staat zur zentralen Figur (Adam Müller, 1779 – 1829, und, wenngleich auf weit scharfsinnigere Weise, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, 1770 – 1831). In Spanien versucht der Diplomat Donoso Cortés (1809 – 1853) die Notwendigkeit der direkten Aktion für die Gegenrevolution zu theoretisieren.

Die massive Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und das Entstehen neuer sozialer Kräfte wie der Arbeiterbewegung führen zu einem Perspektivenwechsel des Konservatismus, der seinen Gegner nun im Sozialismus und weniger im Liberalismus ausmacht. Dies führt allerdings auch zu einer sozialpolitischen Programmatik des Konservatismus und der konservativen Politik (siehe Sozialgesetzgebung Bismarcks). Für den sozialen Konservatismus war das theoretische Werk von Lorenz von Stein (1815 – 1890) grundlegend. Doch unter den Bedingungen des organisierten Kapitalismus erfährt der Konservatismus in manchen Ländern wie Deutschland, aber auch Frankreich und Italien (in Österreich mit einer gewissen Zeitverschiebung) einen Radikalisierungsschub in Richtung Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Antiparlamentarismus, Irrationalismus. Damit Hand in Hand geht die theoretische Untermauerung einer Gegenrevolution: Konservativ meint nun nicht mehr ausschließlich bewahrend, da man – so die Ideologie – die Dinge zunächst erst schaffen müsse, die sich zu erhalten lohnen (Moeller van den Bruck, 1876 – 1925). Nach dem Ersten Weltkrieg werden diese Strömungen in eine offene Demokratiefeindlichkeit umschlagen und den Aufstieg von Faschismus und Nationalsozialismus in hohem Maße begünstigen. Der Jurist und Staatsrechtler Carl Schmitt (1888 – 1985) ist zunächst der Theoretiker der Gegenrevolution in Deutschland und dann der Befürworter der nationalsozialistischen Diktatur.

Diese Entwicklung hat den Konservatismus nach dem Zweiten Weltkrieg diskreditiert. Zum anderen kamen ihm aber nach und nach auch bestimmte identitätsstiftende Merkmale abhanden: Der Monarchismus als Verfassungsideal verlor jede reale Grundlage – Monarchen waren nur mehr als formale und verfassungsrechtlich gebundene Staatsoberhäupter akzeptabel. Auch die Betonung christlich-religiöser Werte hat durch Säkularisierung, die in den meisten demokratischen Staaten erfolgte Trennung von Kirche und Staat, und den Wertepluralismus jene Attraktivität verloren, die sie in den ersten Nachkriegsjahrzehnten hatte. Ebenso ist die Verknüpfung von Konservatismus und Nationalstaatsidee bzw. Nationalismus in Zeiten internationaler Wirtschaftsverflechtungen und europäischer Integration brüchig geworden. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und der Entwertung des Marxismus verliert der Konservatismus schließlich die ideologische Klammer des Antikommunismus.

Seit Beginn der 80er-Jahre des 20. Jahrhunderts ist jedoch ein gewandelter Neokonservatismus auf den Plan getreten, der unterschiedliche Formen annimmt. Zunächst nähert sich der Neokonservatismus dem Neoliberalismus: So werden der Monetarismus und eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ideologisch integriert, während man den Staat von „übertriebenen Ansprüchen" entlasten will. Leistungskonkurrenz und die Rechtfertigung sozialer Ungleichheit sind keine Tabus mehr. Zugleich sind im Laufe der letzten eineinhalb Jahrzehnte in europäischen Staaten aber auch konservative Strömungen entstanden, die rechtsextreme, nationalistische, regionalistische und antieuropäische Haltungen vertreten. Dabei werden dem Staat Sicherheitsaufgaben im Sinne einer strengen Law-and-Order-Politik zugesprochen. In den meisten europäischen Staaten stehen eine restriktive Einwanderungspolitik und die Frage einer nationalen „Leitkultur" auf der Tagesordnung.

Im Gegensatz zum Liberalismus bietet der Konservatismus die ideologische Grundlage für große und bei Wahlen erfolgreiche Volksparteien, die je nach Wahlergebnissen in allen europäischen Ländern allein oder in Koalitionen Regierungsverantwortung tragen.

Marxismus und Kommunismus

Der Begriff Marxismus umfasst eine Vielzahl von ideologischen Ansätzen und politischen Positionen, die sich auf die Lehre von Karl Marx (1818 – 1883) berufen. Diese Lehre stellt kein geschlossenes System, sondern ein theoretisches und praktisches Programm dar, in dessen Zentrum die Überzeugung steht, dass das politische, geistige und kulturelle Leben der Gesellschaft von ökonomischen Verhältnissen und Strukturen „bestimmt" werde: „Das Sein bestimmt das Bewusstsein", lautet die berühmte Formel. Geleitet von dem Ziel einer „klassenlosen Gesellschaft", versucht Marx die Bedingungen und Wege für eine Revolution der herrschenden Verhältnisse offen zu legen.

Die Marx'sche Lehre entwickelt sich in drei Stufen:

1. Der Humanismus des jungen Marx setzt sich die Aufhebung der menschlichen Entfremdung zum Ziel.
2. Die Revolutionstheorie will eine Bewusstwerdung der Arbeiter als Klasse erreichen, indem sie die revolutionären Bestrebungen der 1840er-Jahre in einen gesamthistorischen Zusammenhang stellt. Die zentrale These lautet: Die gesamte Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte von Klassenkämpfen.
3. Die Kritik der politischen Ökonomie, in der Marx sich einer systematischen Darstellung und Analyse der kapitalistischen Produktionsweise widmet. Die bürgerliche Gesellschaft habe sich vom Staatsleben getrennt und die Menschen als ökonomisch Handelnde zu bloßen

Puntscher Riekmann, Sonja, Ideologien und Weltanschauungen, in: Dachs, Herbert/Diendorfer, Gertraud/Fassmann, Heinz, Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien 2002, 25-33.

Vollstreckern ökonomischer Zwangsgesetze degradiert. Diese Kritik stellte für Marx den Schlüssel zur Erkenntnis aller Lebensformen, auch des Staates und des Rechts, dar. Sein Mitstreiter Friedrich Engels versucht den dialektischen Materialismus zur Grundlage einer proletarischen Weltanschauung zu machen.

Marxens Schüler haben nach dessen Tod unterschiedliche Richtungen eingeschlagen: Sie haben auf der einen Seite die ökonomischen Analysen in einen programmatischen Ökonomismus verwandelt, der das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems zum Inhalt hatte (u. a. Karl Kautsky, Theoretiker und Politiker, 1854 – 1938). Gegen die Zusammenbruchstheorie wenden sich aber andere Autoren mit Ergänzungstheorien über das Finanzkapital und den organisierten Kapitalismus (Rudolf Hilferding, Ökonom und Politiker, 1877 – 1941), über den Imperialismus (Lenin, Theoretiker und Politiker, 1870 – 1924), über die Akkumulation des Kapitals (Rosa Luxemburg, Theoretikerin und Politikerin, 1870 – 1919), die Gleichgewichtstheorie (Otto Bauer, Theoretiker und Politiker, 1871 – 1938) und die Lehre von der Durchstaatlichung der Wirtschaft (Karl Renner, Theoretiker und Politiker, 1870 – 1950). Adler (Theoretiker und Politiker, 1852 – 1918), Bauer, Hilferding und Renner bilden die austromarxistische Schule. Aber auch der italienische Philosoph und Politiker Antonio Gramsci (1891 – 1937) wendet sich gegen den Ökonomismus mit seinem Hegemoniekonzept, in dem er nicht nur den Staat als Einheit der politischen und der bürgerlichen Gesellschaft definiert, sondern diese als Produzentin einer kulturellen Vorherrschaft (Hegemonie) beschreibt.

In Westeuropa entsteht nach 1945 und im Umkreis der (→) 68er-Bewegung eine breite Marxismusdebatte mit unterschiedlichen Fassetten, von denen der „Antihumanismus" des französischen Philosophen Louis Althusser (1918 – 1990) und die Theorie des staatsmonopolitischen Kapitalismus (STAMOKAP) zu erwähnen sind. Teil dieser Debatte ist die Kritik an der Reformideologie der Sozialdemokratie. Von großer Bedeutung für die (→) 68er-Bewegung ist aber auch die Kritische Theorie der so genannten Frankfurter Schule (deren wichtigste Exponenten die Philosophen und Soziologen Theodor W. Adorno, 1903 – 1969, Max Horkheimer, 1895 – 1973, und Herbert Marcuse, 1898 – 1979, sind), die gegen Marxens Bejahung einer ungehemmten Steigerung des technischen Niveaus der Produktion darin die Gefahr einer „technokratischen Barbarei" erkannten. Dabei kritisierten diese Theoretiker, dass Vernunft ausschließlich zur „instrumentellen Vernunft" herabgewürdigt wurde.

Der Marxismus bildet die ideologische Grundlage für teilweise sehr erfolgreiche kommunistische Parteien in west- und osteuropäischen Staaten, wobei die KPDSU nach der bolschewistischen Machtergreifung in Russland zur allbeherrschenden Partei des Staates wird. Ähnliches gilt für die Satellitenstaaten der Sowjetunion. In China entsteht nach 1949 mit dem Maoismus eine neue Variante des Marxismus, der vor allem auf der Mobilisierung der Bauern und des Guerillakrieges beruht und großen Einfluss auf politische Bewegungen in Indochina, Lateinamerika und Afrika ausübt. Hatten Marx und Engels noch

1991 wurde in der anhaltischen Kreisstadt Stendal das Lenin-Denkmal vom Sockel gehoben, das der Stadt zum 100. Geburtstag Lenins geschenkt worden war. Der Lenin-Platz in Stendal wurde auf Nachtigallenplatz umbenannt. © dpa

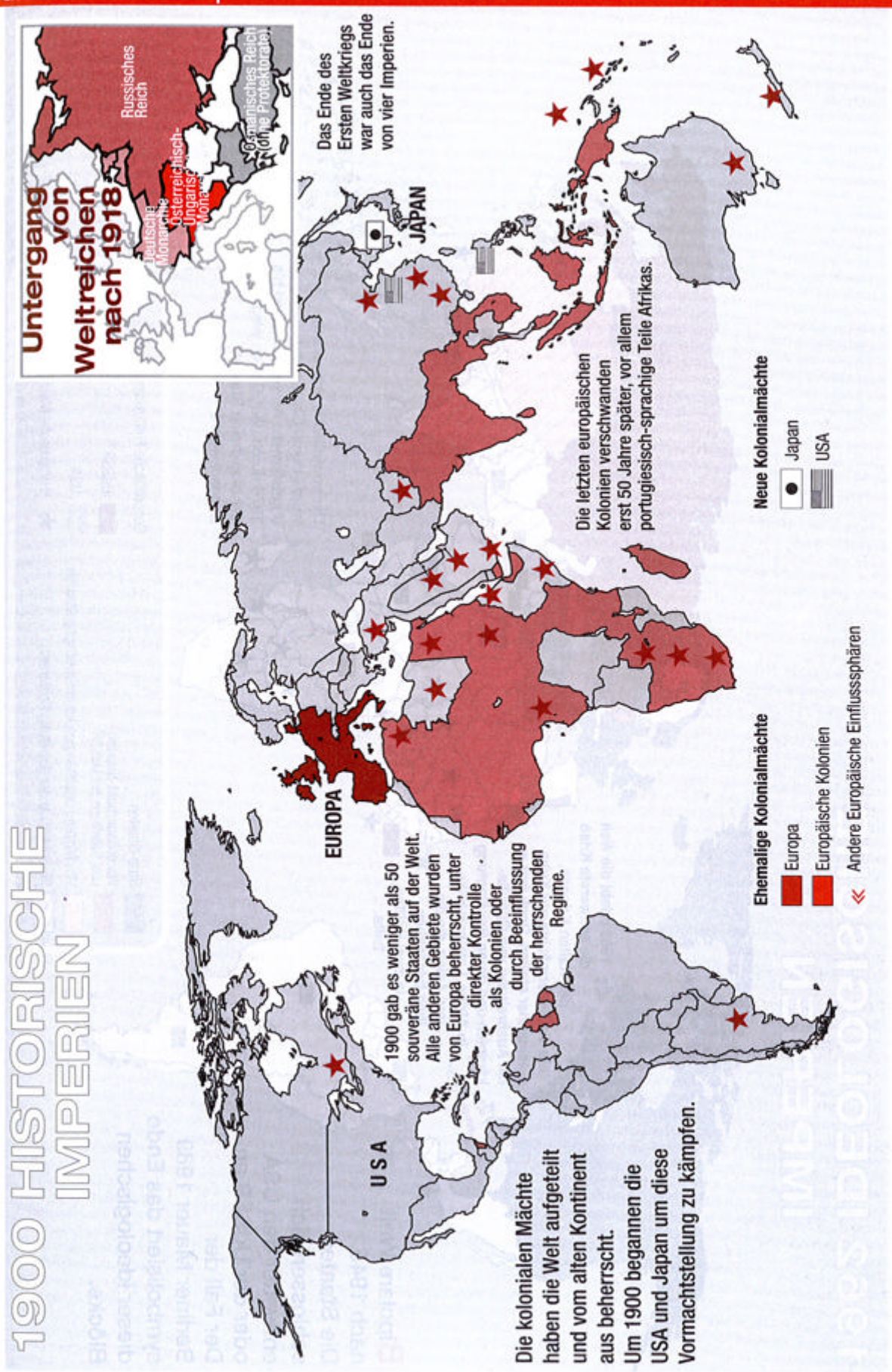
die Freiheit aller als Ziel des Kommunismus formuliert, so führen die Realisierungsversuche des Marxismus zu antidemokratischen, autoritären und wie im Falle des Stalinismus zu totalitären Ordnungen. Mindestens seit 1989 verlieren in Europa die kommunistischen Parteien zunehmend an Wählerschichten oder versuchen einen Transformationsprozess in Richtung Sozialdemokratie (z. B. in Italien, vor allem aber in den zentral- und osteuropäischen Staaten).

Sozialismus und Sozialdemokratie

Der Sozialismus hat seine Wurzeln im Marxismus, speist sich aber auch aus den Entwürfen der Sozialutopisten Gracchus Babeuf (1760 – 1797), Charles Fourier (1772 – 1837), Robert Owen (1771 – 1858), Graf Saint-Simon (1760 – 1825) und Pierre Joseph Proudhon (1809 – 1865) und integriert im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert die Ideen der Gewerkschaftsbewegung, der liberalen Bildungsvereine und der christlichen Sozialreformen. Während des Ersten Weltkriegs zerbricht die internationale Vereinigung sozialistischer Parteien an der Frage der Unterstützung für den Kriegseintritt des jeweiligen Landes. Aus den Fraktionen der Kriegsgegner bilden sich kommunistische Parteien. Doch waren diese Spaltungen schon in 1890er-Jahren durch den so genannten Revisionismusstreit vorbereitet worden, der die Abkehr von Marx und seiner ökonomischen Theorie zu Gunsten einer sozialdemokratischen Bejahung des Staates und der Demokratie bedeutete. Die Theoretiker und Politiker Eduard Bernstein (1850 – 1932), Karl Kautsky (1854 – 1938) und August Bebel (1840 – 1913) plädierten für die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Errichtung einer demokratischen Republik und den Aufbau eines Wohlfahrtsstaates. Dies führte logisch zu einer Allianz mit der Gewerkschafts-, aber auch der Genossenschaftsbewegung. In Staaten wie Italien, Frankreich, Belgien und zum Teil auch Deutschland spielte die christlich-katholische Orientierung eine bedeutende Rolle in der Sozialdemokratie. Anders als marxistisch-kommunistische Parteien bekennen sich die Sozialdemokraten früh zum Parlamentarismus und zu einer liberalen Grundrechteordnung.

Puntscher Riekmann, Sonja, Ideologien und Weltanschauungen, in: Dachs, Herbert/Diendorfer, Gertraud/Fassmann, Heinz, Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien 2002, 25-33.

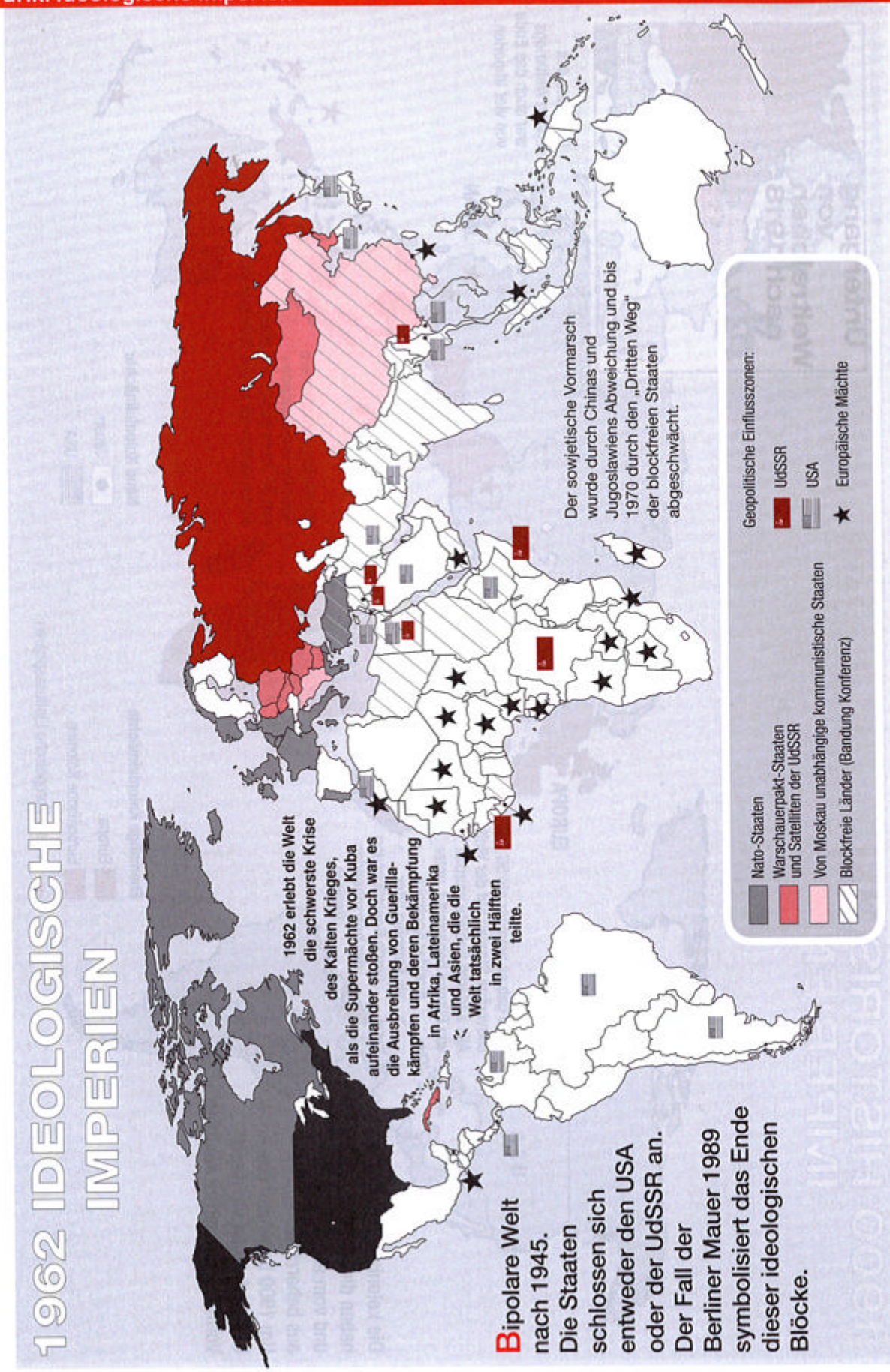
Grafik: Historische Imperien



Aus: „Der Standard", Thema: Das 20. Jahrhundert, 24. Mai 2002, S. 61
©World Media Network

Puntscher Riekmann, Sonja, Ideologien und Weltanschauungen, in: Dachs, Herbert/Diendorfer, Gertraud/Fassmann, Heinz, Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien 2002, 25-33.

Grafik: Ideologische Imperien

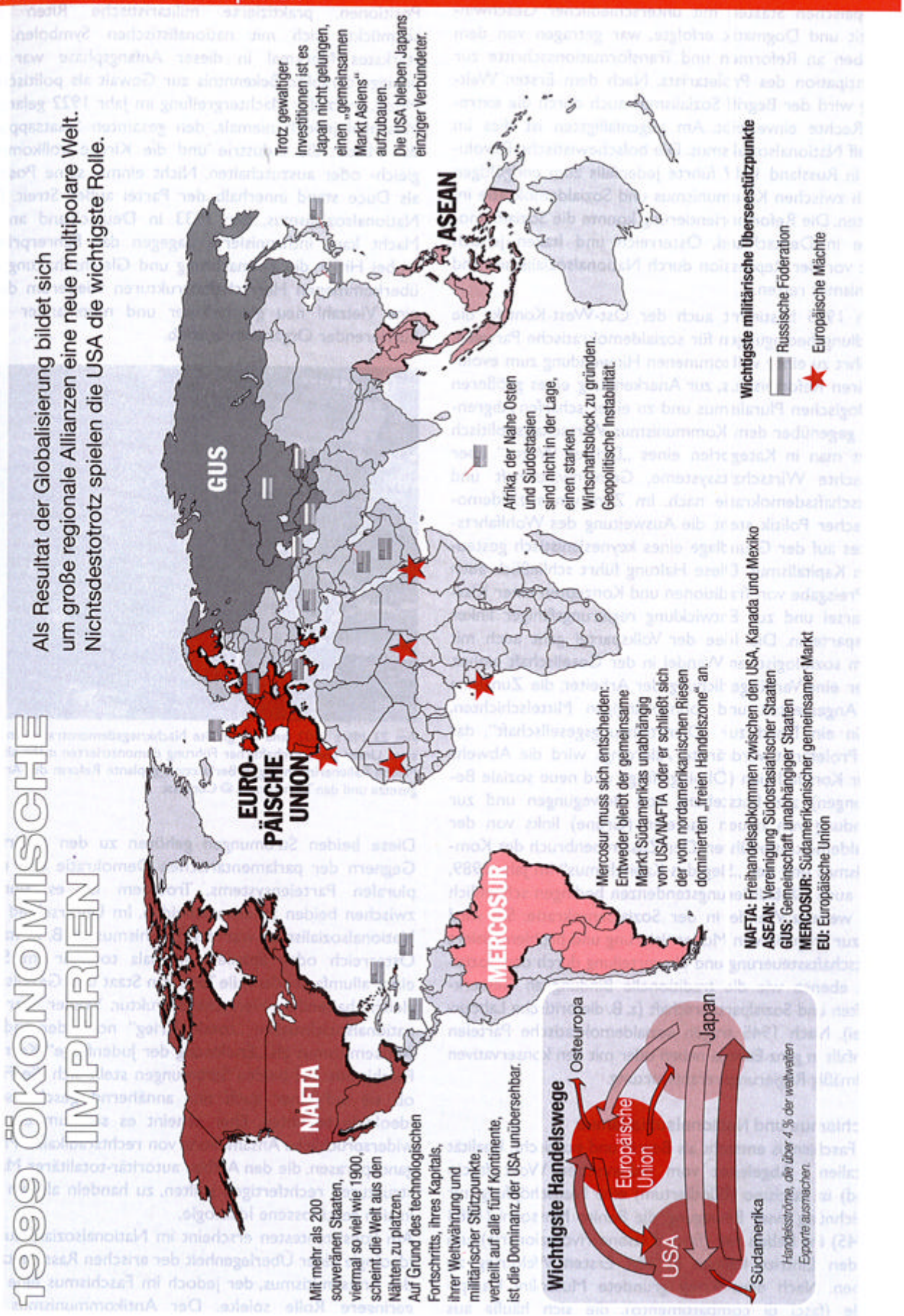


Bipolare Welt nach 1945. Die Staaten schlossen sich entweder den USA oder der UdSSR an. Der Fall der Berliner Mauer 1989 symbolisiert das Ende dieser ideologischen Blöcke.

Aus: „Der Standard", Thema: Das 20. Jahrhundert, 24. Mai 2002, S. 61
© World Media Network

Puntscher Riekmann, Sonja, Ideologien und Weltanschauungen, in: Dachs, Herbert/Diendorfer, Gertraud/Fassmann, Heinz, Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien 2002, 25-33.

Grafik: Ökonomische Imperien



Aus: „Der Standard", Thema: Das 20. Jahrhundert, 24. Mai 2002, S. 61
© World Media Network

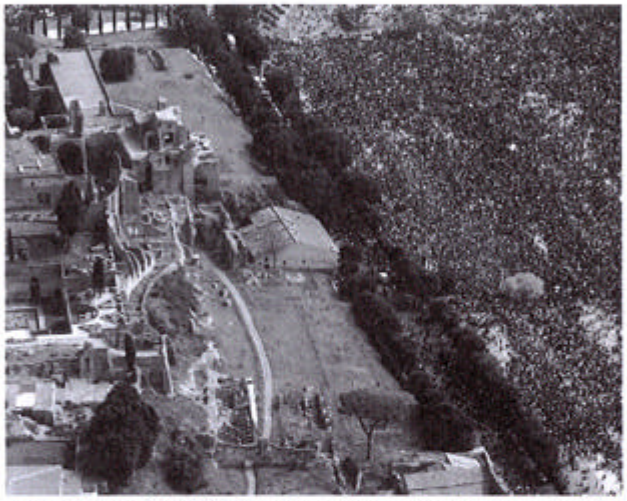
Puntscher Riekmann, Sonja, Ideologien und Weltanschauungen, in: Dachs, Herbert/Diendorfer, Gertraud/Fassmann, Heinz, Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien 2002, 25-33.

Die Abwendung vom Marxismus, die in verschiedenen europäischen Staaten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und Dogmatik erfolgte, war getragen von dem Glauben an Reformen und Transformationsschritte zur Emanzipation des Proletariats. Nach dem Ersten Weltkrieg wird der Begriff Sozialismus auch durch die extreme Rechte einverleibt. Am augenfälligsten ist dies im Begriff Nationalsozialismus. Die bolschewistische Revolution in Russland 1917 führte jedenfalls zum endgültigen Bruch zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie im Westen. Die Reformorientierung konnte die Sozialdemokratie in Deutschland, Österreich und Italien jedoch nicht vor der Repression durch Nationalsozialismus und Faschismus retten.

Nach 1945 bestimmt auch der Ost-West-Konflikt die Handlungsbedingungen für sozialdemokratische Parteien. Er führt zu einer vollkommenen Hinwendung zum evolutionären Reformismus, zur Anerkennung eines größeren ideologischen Pluralismus und zu einer scharfen Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus. Wirtschaftspolitisch denkt man in Kategorien eines „Dritten Weges" über gemischte Wirtschaftssysteme, Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie nach. Im Zentrum sozialdemokratischer Politik steht die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates auf der Grundlage eines keynesianistisch gesteuerten Kapitalismus. Diese Haltung führt schließlich auch zur Preisgabe von Traditionen und Konzepten einer Klassenpartei und zur Entwicklung regierungsfähiger linker Volksparteien. Die Idee der Volkspartei geht auch mit einem soziologischen Wandel in der Gesellschaft einher, in der eine Verbürgerlichung der Arbeiter, die Zunahme der Angestellten und lohnabhängigen Mittelschichten, mithin ein Trend zur „Dienstleistungsgesellschaft", das alte Proletariat verdrängte. Allerdings wird die Abwehr neuer Konfliktlinien (Ökologiefrage und neue soziale Bewegungen) zur Entstehung von Bewegungen und zur Gründung von neuen Parteien (Grüne) links von der Sozialdemokratie führen. Der Zusammenbruch des Kommunismus und der „Sieg des Kapitalismus" im Jahr 1989, aber auch Globalisierungstendenzen bedingen schließlich eine weitere Wende in der Sozialdemokratie: Sie wird nun zur Trägerin von Modernisierung und problematisiert Wirtschaftssteuerung und Umverteilung durch den Sozialstaat ebenso wie die traditionelle Bindung an Gewerkschaften und Sozialpartnerschaft (z. B. die britische Labour-Partei). Nach 1945 tragen sozialdemokratische Parteien jedenfalls in ganz Europa neben oder mit den konservativen regelmäßig Regierungsverantwortung.

Faschismus und Nationalsozialismus

Der Faschismus entsteht als Begriff und politische Realität in Italien. Abgeleitet vom italienischen Wort fascio (Bund) ist fascismo (Bündlertum) eine Neuschöpfung zur Bezeichnung einer Bewegung, die Benito Mussolini (1883 – 1945) ins Leben rief (fasci d'azione rivoluzionaria), um für den Eintritt Italiens in den Ersten Weltkrieg zu werben. Nach dem Krieg gründete Mussolini Kampfbünde (fasci di combattimento), die sich häufig aus ehemaligen Soldaten zusammensetzten, Uniformen trugen und Gewalt ausübten. 1921 wurden diese Bünde in die Faschistische Partei umgewandelt. Diese vertrat sowohl antikapitalistische wie antisozialistische Positionen, praktizierte militaristische Riten und schmückte sich mit nationalistischen Symbolen. Ihr stärkstes Merkmal in dieser Anfangsphase war das uneingeschränkte Bekenntnis zur Gewalt als politischem Mittel. Trotz der Machtergreifung im Jahr 1922 gelang es Mussolini jedoch niemals, den gesamten Staatsapparat, das Militär, die Industrie und die Kirche vollkommen gleich- oder auszuschalten. Nicht einmal seine Position als Duce stand innerhalb der Partei außer Streit. Der Nationalsozialismus, der 1933 in Deutschland an die Macht kam, inthronisierte dagegen das Führerprinzip, wobei Hitler die Entmachtung und Gleichschaltung der überkommenen Herrschaftsstrukturen wiederum durch eine Vielzahl neu geschaffener und miteinander konkurrierender Organe vorantrieb.



Am 23. März 2002 fand die größte Nachkriegsdemonstration in Rom statt. Unter gewerkschaftlicher Führung demonstrierten mehr als eine Million ItalienerInnen gegen Berlusconis geplante Reform der Arbeitsgesetze und den Terrorismus. © Contrast

Diese beiden Strömungen gehören zu den schärfsten Gegnern der parlamentarischen Demokratie und eines pluralen Parteiensystems. Trotzdem ist es sinnvoll, zwischen beiden zu unterscheiden. Im Unterschied zum Nationalsozialismus war der Faschismus (z. B. in Italien, Österreich oder Spanien) niemals totalitär im Sinne einer allumfassenden, alle Teile von Staat und Gesellschaft gleichschaltenden Herrschaftsstruktur. Weder war der nationalsozialistische „totale Krieg" noch der radikale Antisemitismus als „Endlösung der Judenfrage" Kern des Faschismus. Bei beiden Strömungen stellt sich die Frage, ob sie auf einer auch nur annähernd geschlossenen Ideologie beruhten. Eher scheint es sich um eine oft widersprüchliche Ansammlung von rechtsradikalen Propagandaphrasen, die den Aufbau autoritär-totalitärer Machtstrukturen rechtfertigen sollten, zu handeln als um eine in sich geschlossene Ideologie.

Am konsistentesten erscheint im Nationalsozialismus die Ideologie einer Überlegenheit der arischen Rasse, letztlich des Antisemitismus, der jedoch im Faschismus eine weit geringere Rolle spielte. Der Antikommunismus und Antibolschewismus stellten als negative Ideologie eine wichtige Klammer beider Strömungen dar. Der Antikapitalismus war wohl mehr Phrase als Realität, zumal

Puntscher Riekmann, Sonja, Ideologien und Weltanschauungen, in: Dachs, Herbert/Diendorfer, Gertraud/Fassmann, Heinz, Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien 2002, 25-33.

die Instrumentalisierung der Wirtschaft für den Krieg unumgänglich war. Die ständische Ordnung der Wirtschaft war ein Ziel des italienischen und österreichischen Faschismus, nicht des Nationalsozialismus. Auch der Nationalismus kann nur bedingt als ideologisches Fundament bezeichnet werden, zumal das Ziel des Dritten Reiches wie des faschistischen Italien, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg, die imperiale Unterwerfung so genannter minderwertiger Völker war. Schließlich war eine autoritäre Neuordnung Europas unter der Herrschaft der arischen Rasse die mit allen Mitteln verfolgte Ambition der Nationalsozialisten. Dem dienten eine bestimmte Sozial- und Gesundheitspolitik, die Verherrlichung von Gewalt als politischem Mittel, die Militarisierung des Männerbildes und die Reduktion des Frauenbildes auf die Mutterrolle, nicht zuletzt die Ausrottung von Minderheiten nach rassischen und sozialen Kriterien. Dazu kommen ein romantisches und zugleich „darwinistisches" Naturbild, das auch auf die menschliche Gesellschaft übertragen wird, und eine neue

Am 29. März 1965 fand eine Demonstration gegen den Hochschullehrer Taras von Borodajkewycz wegen dessen nationalsozialistischer und antisemitischer Äußerungen statt. © Austria Wochenschau 1965/14, Filmarchiv Austria

„politische" Religion, die auf die Entmachtung der etablierten Kirchen und die Vergöttlichung des Führers abzielt.

Im späten 20. Jahrhundert erleben wir das Wiederauftauchen rechtsextremer Bewegungen und Parteien, die zum Teil an diese Traditionen anknüpfen oder sie wiederbeleben. Ihre Wahlerfolge sind aber einer medial gut inszenierten Mischung aus Befürwortung einer neuen Fremdenfeindlichkeit und der Sehnsucht nach autoritärer Führung mit Bekenntnissen zum Schutz „des kleinen Mannes" und zu einem neoliberalen Wirtschaftsprogramm geschuldet.

Zusammenfassung

Es ist unverkennbar, dass viele der dargestellten Positionen heute noch ihre Gültigkeit haben, wenngleich sie über die Jahrzehnte oder Jahrhunderte hinweg Variationen und Kombinationen erfahren haben. Ideologien als Anschauungen und Vorstellungen von Welt, die Grundlagen auch für politische Entwürfe darstellen, sind notwendige Konstruktionen zur Orientierung der einzelnen Bürger und Bürgerinnen für ihr Alltagsverhalten und ihre politische Wahl. Sie sind allerdings immer dann problematisch, wenn sie zu versteinerten Sichtweisen führen, die eine Analyse der Realität ausklammern, oder ins Extreme getrieben werden. Links- wie Rechtsextremismus sind vor allem gefährliche Manipulationen von Wirklichkeit. Das gilt für den Linksterrorismus der (→) RAF (Rote Armee Fraktion in Deutschland) oder der (→) Brigate Rosse (Rote Brigaden in Italien) in den 70er-Jahren ebenso wie heute für die fremdenfeindlichen Rechtsextremen in einer Vielzahl europäischer Länder. Ideologien sollten daher einer beständigen Kritik unterzogen und an der Frage gemessen werden, ob sie den Menschen, ihrer Freiheit und Würde dienen. Es ist eine fragwürdige Verkürzung, wenn man behauptet, ideologische Standpunkte könnten im Namen der Erfüllung einer Sachlogik aufgegeben werden. Denn die Frage, was eine Sache und was ihre Logik sei, ist eben von ideologischen Standpunkten abhängig.

Nicht zuletzt sind Ideologien das Ergebnis historischer, politisch-kultureller und sozioökonomischer Entwicklungen, die sich in Europa stets um die Fragenkomplexe Freiheit und Gleichheit, Ordnung und Staat, Ökonomie und Politik drehten und unterschiedliche, miteinander im Wettstreit liegende Antworten hervorbrachten. Nach den großen ideologischen Kämpfen der letzten beiden Jahrhunderte, in denen der Wettstreit immer wieder auch in katastrophale blutige Auseinandersetzungen mündete, hat sich nach 1945 im Westen ein Konsens über Demokratie und soziale Marktwirtschaft herausgebildet, dem nach 1989 auch die Gesellschaften in den zentral- und osteuropäischen Staaten folgten. Diese Positionen für das 21. Jahrhundert zu retten und neu, d. h. auch im europäischen und universalen Maßstab zu denken, ist das ideologische oder vielleicht besser das theoretische Gebot der Stunde.

Literatur

Backes, Uwe (Hg.): „Ein Gespenst geht um in Europa". Das Erbe kommunistischer Ideologien. Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 20, Wien – Köln 2002

Neumann, Franz (Hg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien, 2 Bände, 2. Auflage, Opladen 2000

Nohlen, Dieter (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik, 3., überarbeitete Auflage, München 1995